

Deutscher Bundeswehr Verband und ISOR

Von Oberstleutnant a. D. Herbert Becker
Vorsitzender Ehemalige im Landesverband Ost des DBwV

Ende März 2003 führte der Landesverband Ost des Deutschen Bundeswehr Verbandes (DBwV) seine 6. Landesversammlung durch. Mehr als 300 Delegierte, darunter auch die Vertreter der Kameradschaften Ehemalige Soldaten, Reservisten und Hinterbliebene (KERH) zogen eine Zwischenbilanz zur Erfüllung der Beschlüsse der 16. Hauptversammlung des DBwV von 2001 mit dem Ziel, noch zu lösende Aufgaben herauszufiltern, geeignete Aktivitäten für deren Umsetzung zu benennen und alle sich bietenden Chancen und Möglichkeiten zur Erfüllung der Beschlüsse in der noch verbleibenden Zeit bis zur 17. Hauptversammlung 2005 zu nutzen.

Aus der Zusammensetzung unseres Verbandes, aktive Soldaten der Bundeswehr aller Dienstgrade ohne und mit Vordienstzeit in der NVA, ehemalige Soldaten der Bundeswehr, ehemalige Soldaten der NVA, ehemalige Soldaten der Wehrmacht und Hinterbliebene des vorgenannten Personenkreises, ergibt sich die breite Palette und Vielfalt der noch zu lösenden Aufgaben. Neben den Gesamtaufgaben sind auch ostspezifische Schwerpunkte zu lösen.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit ergeben sich diese ostspezifischen Schwerpunkte auch im 13. Jahr der Deutschen Einheit aus der Hinterlassenschaft des Einigungsvertrages und einer Vielzahl unbewältigter Vereinigungsprobleme. Von größerer Bedeutung sind dabei die noch immer geringere Versorgung der Soldaten im Osten, die Benachteiligung der aus der NVA als Berufssoldaten übernommenen Soldaten z. B. bei deren Pensionierung, die politisch gewollte und so gehandhabte Justifikation der ehemaligen Soldaten der NVA als „gedient in fremden Streitkräften“, die Aufrechterhaltung von Rentenstrafrecht für Teile des Offizierskorps der ehemaligen NVA und andere Rentenungerechtigkeiten, die Nichtanerkennung eines Großteils der an militärischen Einrichtungen erworbenen Bildungsabschlüsse und das de facto vorhandene Verbot der Dienstgradführung für ehemalige NVA-Soldaten mit dem Zusatz „außer Dienst“.

Diese Schwerpunkte sind nicht neu, sie standen auch schon zur Diskussion vorangegangener Landes- und Hauptversammlun-

gen. Neu ist, dass sie von einer großen Mehrheit des gesamten Bundeswehr Verbandes getragen werden, dass immer mehr Politiker aller Parteien auf Bundes- und Landesebene, hochrangige aktive und ehemalige Bundeswehrsoldaten und auch Persönlichkeiten aus der Bürgerbewegung der ehemaligen DDR Handlungsbedarf erkennen und ihre Unterstützung zusagen.

Neu ist, dass auch der Minister der Verteidigung, Herr Struck, sich für das Recht zur Dienstgradführung ehemaliger NVA-Angehöriger und die Anerkennung deren Lebensläufe ausspricht. Auch wenn wir das Ziel noch nicht erreicht haben, bestätigt sich, wir sind auf dem richtigen Weg. Die Öffnung des DBwV auch für die ehemaligen Soldaten der NVA und die Bereitschaft, dies anzunehmen, war richtig. Es war ein komplizierter Prozess, begleitet von viel Skepsis auf beiden Seiten. Viele Hindernisse und Vorbehalte mussten überwunden werden.

Die Losung der Gründungsversammlung „Ein Staat – eine Armee – ein Recht“ ist bis heute aktuell. Auch wenn uns, den ehemaligen Soldaten der NVA manchmal noch „Genosse“ statt „Kamerad“ heraus rutschte, wuchsen Verständnis, Kameradschaft und Vertrauen. Dies, die seit der Gründung 1956 gesammelten Erfahrungen, die Mitgliederstärke, die hohe Wertschätzung in allen poli-

tischen und gesellschaftlichen Bereichen und sein gesamtdeutsches Wirken sind auch die Stärken unseres Verbandes.

Es wuchs auch die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit anderen Verbänden. Problematisch und erklärungsbedürftig gestaltete sich das Verhältnis zur ISOR. Was ist das? Wer verbirgt sich dahinter? Dürfen wir mit „denen“ zusammenarbeiten? Ich meine, ja, aber wenn sie sich sachbezogen auf soziale Probleme bezieht, so wie es an der Basis seit langem praktiziert wird. Gerade im DBwV hat sich die Politik des Aufeinanderzugehens und der Absage an pauschale Ausgrenzung als richtig erwiesen. So halten wir es auch weiterhin. Es mag unterschiedliche Sichten geben, hier und da auch Blessuren. All das darf uns aber nicht daran hindern, gemeinsame soziale Interessen auch gemeinsam zu vertreten.

Nachbesserungen in der Rentengesetzgebung haben wir gemeinsam durch ein abgestimmtes Vorgehen erreicht. Noch vorhandenes soziales Unrecht erfordert ein weiteres gemeinsames, vom Grundsatz der Sachlichkeit geprägtes und auf die sozialen Schwerpunkte konzentriertes Vorgehen.

Der DBwV fordert eine gerechte Altersversorgung für alle und die Wiederherstellung der Wertneutralität des gesetzlichen Rentensystems. Wir setzen uns ein für die Schließung der vorhandenen Gerechtigkeitslücken und hoffen auf ein Urteil zur Klage „E-3“ durch das Bundesverfassungsgericht noch in diesem Jahr. Wir betrachten die ständige Verzögerung der Herstellung von gerechten Alterseinkommen für die Bürger der neuen Bundesländer als nicht mehr länger tragbar und beurteilen sie als Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes des Grundgesetzes, des Einigungsvertrages und des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 28. 4. 1999. Wir fordern, wie auch andere Sozialverbände, die Angleichung der Arbeitseinkommen und Renten bis 2007, und wir setzen den Angriffen auf die Substanz der Alterssicherungssysteme unseren Widerstand entgegen.

Wie geht es weiter mit dem Ostdeutschen Memorandum 2003?

Von Dr. Gerhard Dylla, Vizepräsident des Ostdeutschen Kuratoriums, Mitglied des Vorstandes der ISOR e. V.

Das Ostdeutsche Kuratorium hat auf seiner Beratung am 24. 4. 2003 die endgültige Fassung eines Memorandums zum Stand des Einigungsprozesses in Deutschland bestätigt und folgenden weiteren Verfahrensweg beschlossen:

1. Am 15. 5. 2003 wird es auf einer Pressekonzferenz der Öffentlichkeit in den Räumen der GBM in Berlin-Lichtenberg vorgestellt. Zugleich erfolgt die Drucklegung und baldmöglichste Auslieferung auch an ISOR e. V.

2. Gemeinsam mit dem Parteivorstand der PDS findet am 31. Mai 2003 in der Fachhochschule Dessau (Nähe Bahnhof) eine zentrale Konferenz über das neue Memorandum statt.
Beginn: 10.00 Uhr

Der Landesvorstand Sachsen-Anhalt der PDS unterstützt die Vorbereitung ebenso wie die Freunde der TIG aus dem Dessauer Raum. Ansprechpartner ist der Landesbeauftragte des Vorstandes für das Land Sachsen-Anhalt,

► Fortsetzung auf Seite 2

► Fortsetzung von Seite 1

Dieter Wittstock.

Teilnehmen werden von der PDS voraussichtlich Gabriele Zimmer, Heidemarie Lüth, Christa Luft, Hans Modrow und Uwe Hiks.

Der Vorstand der ISOR e. V. wird mit einer Delegation unter Leitung von Horst Parton an der Konferenz teilnehmen.

Der Vorstand der ISOR e. V. ruft unsere Freunde in den TIG auf, ebenfalls Abordnungen zu dieser Veranstaltung zu entsenden.

Nach einführenden Referaten werden vor allem folgende Themenkomplexe über die

gegenwärtige Lage in Ostdeutschland behandelt:

- Bildung, Kultur und Sport
- Renten, soziale Benachteiligung, Gesundheit
- Arbeit, Wirtschaft, Ost-West-Migration.

Abschließend ist die Verabschiedung einer Erklärung vorgesehen, die sich kritisch zur Lage und zu sich daraus ergebenden Forderungen äußert.

3. Folgen werden auf diese Konferenz weitere Regionalkonferenzen über unterschiedliche Probleme und Schwerpunkte des Memorandums.

Es sollen an verschiedenen Orten zu verschiedenen Zeitpunkten im Bündnis mit der PDS und den anderen Sozialverbänden, offen für alle Interessierten, im 2. Halbjahr 2003 Veranstaltungen zur Auswertung des Memorandums stattfinden.

Eine abschließende Bilanz ist auf einer Konferenz im März 2004 vorgesehen.

Der Vorstand von ISOR e. V. ruft alle Mitglieder auf, sich an den Aktivitäten zur Vorstellung des Memorandums gemeinsam mit den Mitgliedern anderer Verbände zu beteiligen.



TIG Schwerin: Mit der Ablehnung der Bundesratsinitiative lieferten die Regierungen einen erneuten Beleg für die nicht unbegründeten Zweifel an der rechtsstaatlichen Praxis in unserem Land. Über den Rahmen der bisher praktizierten Schreiben und persönlichen Gespräche an/mit Politiker(n) hinaus wollen wir diese Praxis erweitern. Seitens des TIG-Vorstandes haben wir dazu die Bürgersprechstunde des Mitgliedes des Landtages, Herrn J. Heydorn, SPD, im Wohngebiet Großer Dreesch, genutzt. In einem sachlichen Gespräch haben wir dabei Inhalt und Ziele unserer Gemeinschaft dargelegt. Auch Herr Heydorn vertrat den Standpunkt, daß Rentenrecht nicht zur strafrechtlichen Aufarbeitung mißbraucht werden darf und unverzichtbar zu den Grundrechten der Bürger gehört. Ausgehend von seiner bis 1991 erfolgten Berufspraxis in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen erklärte er, daß es ihm gegenwärtig unmöglich erscheine in den alten Bundesländern politische Einsichten oder gar Mehrheiten für die Belange der neuen Bundesländer zu erreichen. Vor allem finanzielle Forderungen seien problematisch.

Siegfried Markgraf



In unserer Mitgliederversammlung der TIG **Quedlinburg** begrüßten wir erneut den CDU-Abgeordneten des Landtages Sachsen-Anhalt, Herrn Michael Maertens.

Im Verlaufe des letzten Jahres ist es uns gelungen, das Verhältnis zu Herrn Maertens zu festigen. Er erhält von der TIG zur besseren Information unsere „ISOR aktuell“. Er betonte, dass er kein Jurist ist, aber volles Verständnis dafür hat, dass wir eine politische Lobby brauchen. Auf dieser Basis werden wir die Zusammenarbeit fortsetzen. In der sachlich geführten Diskussion wurden seine

– Erfahrungen nach fast einem Jahr Landtagsabgeordneter und Probleme des Frak-

tionszwanges,
– persönliche Haltung zum Irak-Krieg
– sowie Einschätzung unserer Forderungen nach Rentengerechtigkeit und Beseitigung des Rentenstrafrechts behandelt.

Herr Maertens stellte sich allen Fragen sehr aufgeschlossen gegenüber. Er betonte, als Abgeordneter seinem eigenen Gewissen folgend entscheiden zu können, was nicht ausschließt, in Grundsatzfragen der Mehrheit der Fraktionsmeinung zu folgen.

Zu unseren Forderungen vertraut er der Rechtsstaatlichkeit der BRD. Seiner Meinung nach muss Unrecht beseitigt werden. Er steht auf der Position der Wertneutralität des Rentenrechts und wird auch dafür eintreten. Objektiv wurden die Ansprüche erworben, und dafür darf keiner bestraft werden. Er bat aber auch um Verständnis dafür, dass z. Zt. keine politische Mehrheit für die Umsetzung unserer Forderung vorhanden sei.

Erich Rogalla



In der Mitgliederversammlung der TIG **Wolmirstedt** im April haben wir uns mit der Politischen Konzeption beschäftigt. Als erste Schlußfolgerungen wurden folgende Maßnahmen festgelegt:

Die Mitglieder wurden aufgefordert, sich mit persönlichen Schreiben an den Bundeskanzler, die Fraktionen, den Petitionsausschuss und andere führende Politiker zu wenden, um gegen die nach wie vor bestehenden Rentenungerechtigkeiten und die von der Bundesregierung geplanten gravierenden sozialen Einschnitte zu protestieren.

Es ist vorgesehen zu den nächsten Versammlungen den Vorsitzenden des Kreisvorstandes der PDS und die Abgeordnete des Bundestages Frau Waltraud Wolff, SPD, aus Wolmirstedt einzuladen. Letztere gehört zu den 12 SPD-Abgeordneten, die für eine

Mitgliederbefragung zu den Reformplänen Schröders eintreten. Des weiteren beschäftigen wir uns mit der Beendigung des Krieges und der Nachkriegsordnung im Irak. Eine Erklärung wurde von allen anwesenden Mitgliedern unterschrieben.

Hugo Dietl



Am 14. 4. 2003, dem Montag der vorläufig letzten Friedensdemonstration gegen den Irak-Krieg über den Leipziger Ring zum Augustusplatz waren, wie in den vorausgegangenen Protestzügen, mit insgesamt über 250.000 Teilnehmern auch Freundinnen und Freunde unserer Leipziger ISOR-Solidargemeinschaft präsent.

Unsere Mitglieder sind sich einig, der Widerstand gegen die Aggression muss weitergehen – in den Köpfen und Herzen der Menschen, bis keine Regierung mehr wagt, einen Angriffskrieg zu führen.

Verhindern wir gemeinsam mit allen Kriegsgegnern die Weltherrschaftspläne der Bush-Administration. Denn Bushs Stellvertreter Cheney erklärte den Krieg gegen den Irak als Plattform gegen die Region, d. h. auch gegen Iran, Syrien und Libanon.

Es gilt den Kriegstreibern in den Arm zu fallen! Es gilt die weltweite Friedensbewegung zu stärken! Das verlangt auch den Beitrag unserer Mitglieder.

Karl-Heinz Reinhardt



Anlässlich einer Exkursion in das Landtagsgebäude des Freistaates Sachsen übergaben die teilnehmenden Mitglieder der TIG **Hoyerswerda** eine Petition an den Ministerpräsidenten, Herrn Georg Milbradt, aus der wir nachstehend Auszüge wiedergeben:

Am 14. 3. 2003 lehnte der Bundesrat mit der Stimme der sächsischen Landesvertretung die von der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern und Berlin eingebrachte Initiative zur Schließung der Gerechtigkeitslücken bei der Überführung der DDR-Renten ab.

Wir sind damit nicht einverstanden.

► Fortsetzung auf Seite 3

► Fortsetzung von Seite 2

Rentengerechtigkeit ist unteilbar und das Grundgesetz für alle Bürger in Ost und West gleichermaßen geltend.

Weder bei den Parteien im Bundestag noch bei den Ländern im Bundesrat besteht gegenwärtig die Bereitschaft, die Ostrentenproblematik weiter zu diskutieren.

Dem steht die Meinung aller Sozialverbände und der Bürger gegenüber, daß erst sozialer Frieden einkehren wird, wenn Gerechtigkeit als Grundlage für die Einheit gesiegt hat.

Wir wünschen Ihnen im Verein mit den anderen CDU-regierenden Bundesländern realitätsbezogene Erkenntnisse und kluge Entscheidungen in den genannten Sachfragen.



Eine neuerliche Initiative zur Gewinnung von Mitgliedern startete die TIG **Plauen**. Sie schrieb nachfolgenden Rundbrief an vom Rentenstrafrecht Betroffene.

„Der Vorstand (der TIG; d. Red.) hat Euch über seine Betreuer laufend unsere Publikation **ISOR aktuell** zugestellt, um Euch über den Verlauf und Stand unseres Kampfes um Renten- und Versorgungsgerechtigkeit zu informieren. Bedauerlicherweise ist Rot/Grün nicht bereit, einen Schlusstrich unter das Rentenstrafrecht zu ziehen und die Bundesverfassungsrichter lassen sich auch reichlich Zeit, längst überfällige Entscheidungen, z. B. zur E3-Gruppe zu fällen. Mit dem Ausscheiden der PDS als Fraktion im Bundestag ist zudem der die rechtliche Auseinandersetzung begleitende politische Kampf auch nicht leichter geworden, Erschwert ist auch die Medienpräsenz unseres Anliegens. Dazu kommt, dass neue Sichten des Bundessozialgerichts den Rechtsstreit um eine Verbesserung der auf den Durchschnitt begrenzten MfS-Renten erschweren.

Da die rechtliche und politische Auseinandersetzung jetzt hauptsächlich um die MfS-Renten geführt wird, sind naturgemäß vor allem die MfS-Angehörigen gefragt, ihre Stimme in der Öffentlichkeit durch Leserbriefe einzubringen, sich mit Eingaben an die Petitionsausschüsse des Deutschen Bundestages und des Sächsischen Landtages zu wenden und Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Politiker der Bundes- und der Landesregierung sowie der politischen Parteien anzuschreiben und ihnen unsere Forderungen nach Rentengerechtigkeit kundzutun.

Wichtig ist ferner, dass alle Betroffenen, die vom Bundesverwaltungsamt Entgeltbescheide bzw. von der BfA/LVA etc. Rentenbescheide erhalten, Widerspruch einlegen und die 4-Wochenfrist nicht ungenutzt verstreichen lassen. Danach erhalten die Entgelt- und Rentenbescheide Bestandskraft und werden rechtsgültig. Unser Vorstand gewährt auf Anfrage jederzeit Hilfe.

Die Härte unseres Rechtsstreites erfordert von den Betroffenen die Entscheidung sich entweder mit der Rentenkürzung abzufinden, oder aber gegen sie anzukämpfen. Am wirksamsten kann gegen das Rentenstrafrecht als Mitglied in ISOR e.V. gekämpft werden ...

Als Einzelkämpfer steht man mehr oder weniger auf verlorenem Posten, gemeinsames Handeln dagegen ist eine unserer Stärken. Deshalb werde Mitglied von ISOR e.V.

Mit solidarischen Grüßen
Wilfried Burkhardt Vorsitzender

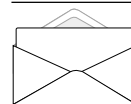


Es bewegt sich etwas in Schwedt/Oder

Wie in der letzten **ISOR aktuell** informiert, gibt es in der TIG **Schwedt/Oder** Bewegung. Nach der letzten Mitgliederversammlung im Monat März finden in der TIG wieder regelmäßig Beratungen zu Rentenfragen in der TIG statt. Diese Beratungen werden zusätzlich durch die TIG Prenzlau organisiert und durchgeführt. Ein besonderer Dank gilt Dr. Manfred Schneider sowie anderen Mitgliedern der TIG Prenzlau. Diese Beratungen fanden bisher ein positives Echo. Rentner und Personen, die Fragen zum Rentenrecht hatten, nutzten die sich gebotene Gelegenheit, um sich zu aktuell zu informieren.

Ein positives Ergebnis ist, dass es eine weitere Neuaufnahme gibt sowie weitere Betroffene die Bereitschaft der Mitgliedschaft erklärt haben. Im Ergebnis der bisherigen Beratungen konnte die Bereitschaft einiger Mitglieder erreicht werden, die sich bereit erklärt haben, sich um Belange der TIG Schwedt/Oder zu kümmern. Die nächste Beratung findet im Monat Mai (15.05.) statt. Zur gleichen Zeit ist die Neuwahl des Vorstandes der TIG Schwedt/Oder vorgesehen.

Hans-Joachim Möllenberg,
Vorsitzender der TIG Prenzlau



Aus der Postmappe

Die Ausführungen von Prof. Bienert in der **ISOR aktuell** 4/2003 waren eine gute Anleitung zum Handeln und haben mir bei meinen Schreiben an Politiker sehr geholfen. Für ganz besonders wichtig halte ich den letzten Abschnitt, dass es keine Ruhe geben wird, so lange offensichtliche Ungerechtigkeiten bestehen und es nicht nur um Hunderttausende Ostrentner, sondern letztlich um die Interessen von Millionen Menschen in Ost und West geht. Ich habe in meinen Schreiben auch darauf hingewiesen, dass wir vom Rentenunrecht Betroffenen hunderttausende Ehepartner, hunderttausende Kinder und deren Ehepartner und bereits hunderttausende Enkel haben, die alle nicht verstehen können, wie ihre Eltern und Großeltern über 12 Jahre nach der deutschen Einheit immer noch behandelt werden. Ich habe auch mit großem Nachdruck darauf hingewiesen, dass ich die Rentenungerechtigkeit als einen Verstoß gegen die Artikel 1, 3 und 14 des Grundgesetzes verstehe.

Ich möchte auch die Ausführungen von Armin Lufer in der letzten Ausgabe unterstützen, dass trotz ablehnender Antworten das ständige Mahnen, Erinnern und der Druck auf die Regierenden und Abgeordneten nicht nachlassen darf, damit keine Ruhigstellung erreicht wird. **Harry Naujeck, Fredersdorf**



Unser Mitglied **Claus Brüning, Leipzig**, übersandte uns nachfolgenden Brief, den er an Gerhard Schröder und weitere Politiker übersandte. Er schrieb u. a.:

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom April 1999, das 2. AAÜG-ÄndG von 2001 und vor allem das Scheitern der Initiative der

► Fortsetzung auf Seite 4



Zeichnung: Breuer, Waren

► Fortsetzung von Seite 3

Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern (im Bundesrat; d. Red.) ..., weil dort ausser den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Berlin alle anderen Ländervertreter keinerlei Bereitschaft zeigten, sich sachlich mit den vorgelegten Anträgen zu beschäftigen, ist mir Anlass, an Sie diesen Brief zu richten.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom April 1999 durfte der Gesetzgeber mit der Berechnung der Renten für ehemalige MfS-Mitarbeiter nicht unterhalb des Durchschnittsverdienstes ehemaliger DDR-Bürger bleiben, darüber hinaus dürfe er aber gehen. Der Gesetzgeber (die Mehrheit des Bundestages) blieb bei der Mindestvorgabe des Bundesverfassungsgerichts und beschloss eine Beitragsbemessungsgrenze, die bei 1 liegt, obwohl sie für die übergroße Mehrheit der Rentner bei 1,8 liegt. Das geschah mit dem Hauptargument, etwas anderes würden die sogenannten Opfer der DDR nicht verstehen. Warum die Renten der ehemaligen MfS-Mitarbeiter mit denen der sogenannten Opfer gekoppelt werden sollen, bleibt das Geheimnis der Urheber. Meines Erachtens ist es – wenn notwendig – ein leichtes für den Gesetzgeber zu beschließen, wieviel sie bekommen. Das hat nichts mit den Rentenregelungen für ehemalige MfS-Mitarbeiter zu tun. Das Geld für so etwas ist auch da, das lässt sich belegen.

Das Grundgesetz der BRD legt u. a. in Artikel 1 (Schutz der Menschenwürde) Artikel 3 (Gleichheitsgrundsatz) und Artikel 14 (Schutz des Eigentums) fest, wie auch die Rechte ehemaliger MfS-Mitarbeiter, die jetzt Bürger der BRD sind, geschützt werden sollen. Es legt aber nur fest. In Wirklichkeit sind die ehemaligen MfS-Mitarbeiter die einzige Menschengruppe, deren Rente nicht bis zur für sonst jenen Bürger der BRD geltenden Beitragsbemessungsgrenze berechnet wird. Ausnahme sind die Angehörigen der E3-Gruppe, deren Rente für die Zeit auf den Durchschnitt reduziert wird, in der sie eine bestimmte Verdienstgrenze erreicht bzw. überschritten haben.

Tatsächlich zahle ich also als Ehemaliger, der ich seit Februar 1994 in Rente bin, bis einschließlich April 2003 eine Geldstrafe von ca. 174.000,-DM oder ca. 85.000,-€, ohne zu wissen, wann diese Bestrafung mal zu Ende geht. Das ist Geld, das man mir vorenthält, ohne dass eine persönliche Überprüfung erfolgte. Von keinem Gericht sind mir strafbare Handlungen nachgewiesen, weil ich sie nicht begangen habe. So wie mir geht es Tausenden, die oft noch mehr „Strafe“ zu zahlen haben.

Das kann doch nicht in Ihrem Interesse sein! Die Summe wird noch höher, wenn man bedenkt, dass die Ostrenten nur 87% der Westrenten ausmachen.

Das Argument, dass der Gesetzgeber sich

an die Entscheidung der ersten „frei gewählten“ Volkskammer gehalten habe, kann es auch nicht sein. Da hat der damalige Innenminister der DDR, Diestel, schon gesagt, dass es sich nur um eine vorläufige Regelung handelte. Außerdem ist fraglich, ob die Volkskammer so etwas überhaupt beschliessen konnte, denn auch die Verfassung der DDR hat das Eigentum geschützt.

Es kann sich also bei unseren Renten nur um einen politischen Racheakt handeln, der nicht zulässig ist. Ich verlange weiter nichts, als das Recht, das mir zusteht, nämlich eine Rente bis zur Beitragsbemessungsgrenze zu erhalten, wie jeder andere Rentner.



Hochwasserschäden konnten in der Pension Sonnenheim in Schmilka durch enorme Kraftanstrengungen, finanzielle und tätige Solidarität beseitigt werden.

Die Familie Koark bedankt sich noch einmal bei allen ISOR-Mitgliedern. Vereinsmitglieder aus Dresden konnten sich bei einem Kurzurlaub vom Funktionieren der Pension und der guten sächsischen Küche überzeugen. Ein Urlaubsaufenthalt im „Sonnenheim“ ist unseren ISOR-Mitgliedern, deren Freunden und Bekannten zu empfehlen.

(Telefon: 035022 43123)

Horst Eismann, Dresden



Vergangenheitsbewältigung – erlebt Ende Januar 2003 im „Dokumentationszentrum zweier Diktaturen in Deutschland“ (ehemalige Untersuchungshaftanstalt des MfS Schwerin)

Eigentlich war als Anlass die Eröffnung der Dokumentation zur Ersten Diktatur von 1933 - 1945 angekündigt. In der Veröffentlichung vorher verwunderte mich, dass dies mit einer Buchlesung verbunden wurde, die aber die Zeit danach betraf. Ich hatte richtig vermutet. Es sollte kaum etwas über den Faschismus gesprochen werden, als vielmehr über die DDR und deren Verfolgung von Andersdenkenden bzw. Gesetzesverletzer durch das MfS. Allerdings ganz ging wohl die Rechnung der Veranstalter nicht auf. Der ehemals wegen „Hetze gegen den Staat der DDR“ inhaftierte und verurteilte Theologe und Buchautor Ulrich Schacht las aus seinem Buch „Verrat“ und schilderte unter anderem seine Behandlung durch das MfS während seiner Untersuchungshaft in Schwerin. Entgegen wohl der Absicht der Veranstalter und eines Teils der Zuhörer, evtl. neue Details über schikanöse Behandlung erfahren zu können, kein Wort über vermeintliche Wasserzellen, Folterungen, Bestrahlungsapparate usw. Dagegen klare und objektive Darlegungen. Er betrachtete sich z. B. nicht als Opfer, sondern war sich voll bewußt, dass er für seine Äußerungen

und Handlungen gegen den Staat inhaftiert und verurteilt werden könnte. Er habe aber als Christ und Theologe seine Ideale gehabt und deshalb so gehandelt. Erstaunlich und erfreulich seine objektiven Darstellungen zur Behandlung durch das MfS in der Untersuchungshaftanstalt in der er nun aus seinen Buch lesen konnte. Als stets fair und fast freundschaftlich bezeichnete er diese. Verwunderung dann auch bei mir, als er das Verhältnis zwischen ihm und seinem Vernehmer schilderte, den er mit Namen nannte und mit dem er auch nach 1990 ausgiebige Gespräche hatte. Auch durch diesen erfuhr er eine faire, objektive und gute Behandlung.

Im übrigen sprach sich der Autor gegen die alleinigen Schuldzuweisungen gegen das ehemalige MfS aus. Auf eine entsprechende Frage zu den IM des MfS sagte er z. B. „Auf am Boden Liegende tritt man als Christ nicht.“ Für mich als ehemaligen Angehörigen der Deutschen Volkspolizei (kein IM) war die objektive Darlegung des Herrn Schacht über das MfS wohltuend. Allerdings glaube ich auch, dass eine sachliche und wahrheitsgemäße Aufarbeitung noch nicht gewollt ist, weil wohl viele Mitarbeiter entsprechender Behörden glauben, noch offene Rechnungen begleichen zu müssen.

Georg Günther

Der Vorstand teilt mit

Der Vorstand nahm auf seiner Sitzung am 23. April 2003 Informationen zu Gesprächen der Mitglieder des Vorstandes

- mit Abgeordneten der PDS-Fraktion des Landtages Sachsen-Anhalt,
- mit dem Landesverband Ost des DBwV,
- den TIG-Vorsitzenden und Leitern der AG Recht der Stadt Potsdam und Umgebung entgegen.

Im Mittelpunkt der Gespräche standen Schlussfolgerungen und Aufgaben, die sich aus der Ablehnung der Bundesratsinitiative der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern zur Beseitigung der noch verbliebenen Rentenungerechtigkeiten nach dem 2. AAÜG-ÄndG ergeben.

Der Vorstand beschloss Maßnahmen zur Unterstützung der vom Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden zum 31. Mai 2003 anberaumten Konferenz in Dessau, auf der über das 2. Memorandum beraten werden soll.

Der Vorstand nahm weiter einen Bericht des Landesbeauftragten für Sachsen zur Organisation und Wirksamkeit der Arbeit in den TIG, der Zusammenarbeit mit Verbänden und Vereinen sowie zur Einflussnahme auf den Landtag und die im Landtag vertretenen Parteien entgegen.



Zur Realisierung der politischen Konzeption

Die für die TIG in **Nord- und Ostvorpommern** zuständigen Freunde des Vorstandes und des Beirates von ISOR e.V. führten am 8. 4. 2003 eine Beratung mit den TIG-Vorsitzenden und Mitgliedern von Arbeitsgruppen in Greifswald durch. In dieser Zusammenkunft wurden die Ergebnisse, Erfahrungen, Probleme und Aufgaben der ISOR-Arbeit beraten und Schlussfolgerungen für die Weiterführung der Arbeit in den TIG herausgearbeitet. Die politische Konzeption des Vorstandes wurde als Orientierung und Anleitung zum Handeln erläutert und diskutiert. Einhellig wurde der Standpunkt zur Fortsetzung des Kampfes zur Beseitigung des Rentenstrafrechts in der Einheit von politischen und juristischen Mitteln bekräftigt.

Die Aufrechterhaltung und Verstärkung des Solidaritätsgedankens, die mitgliedermäßige Stärkung des Vereins und damit verbunden die individuelle Arbeit mit den ehemaligen Angehörigen der rentennahen Jahrgänge in den TIG wurde als wichtige Voraussetzung für die Sicherung der Handlungsfähigkeit des Vereins angesehen.

Gleichermaßen damit wurde die Notwendigkeit herausgearbeitet, die stetige Führungs-

fähigkeit der TIG-Vorstände zu sichern, um alle die Mitglieder und das Vereinsleben betreffenden Probleme und Aufgaben inhaltlich und organisatorisch im Sinne unserer Satzung, der Entschliebung der Vertreterkonferenz sowie der politischen Konzeption des Vorstandes von ISOR e.V. lösen zu können.

Horst Hartrampf

★

Als Landesbeauftragter Berlins des Vorstandes der ISOR e.V. hatte ich mich in persönlichen Briefen an die Fraktionsvorsitzenden der PDS, SPD, von Bündnis 90 / Die Grünen, CDU und FDP im Berliner Abgeordnetenhaus und die Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz gewandt und darum gebeten, daß sich alle politisch Verantwortlichen der Bundeshauptstadt für den Antrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Schließung der verbleibenden Gerechtigkeitslücken bei der Überleitung der DDR-Renten in bundesdeutsches Recht entscheiden und diesen unterstützen mögen. Gleichzeitig hatte ich um ein Gespräch gebeten, in dem ich den Standpunkt von ISOR zur Problematik der Strafrenten darlegen wollte.

Das Ergebnis der Abstimmung im Plenum

des Bundesrates ist bekannt, das Land Berlin hat den Antrag Mecklenburg-Vorpommerns unterstützt.

Die Fraktionen der CDU, der PDS, der FDP und von Bündnis 90 / Die Grünen sowie die Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz reagierten auf den Gesprächswunsch. Eine Antwort der SPD-Fraktion steht noch aus.

Gespräche haben dann, in der zeitlichen Abfolge, mit dem rechtspolitischen Sprecher der PDS-Fraktion, Herrn Klaus Lederer am 18. März, dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und sozialpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, Herrn Gregor Hoffmann am 20. März und dem stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Fraktion und arbeits- und sozialpolitischen Sprecher, Herrn Rainer-Michael Lehmann am 24. März stattgefunden. Die vorgesehene Teilnahme des parlamentarischen Geschäftsführers und innenpolitischen Sprechers der CDU-Fraktion, Herrn Frank Henkel, wurde durch eine Beratung beim Innenminister wegen des gerade begonnenen Irakkrieges verhindert.

Von Bündnis 90 / Die Grünen wurde durch den Fraktionsvorsitzenden Herrn Volker Ratz-

► **Fortsetzung auf Seite 6**

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 96. Geburtstag:

*Erna Irmer, Berlin-Treptow
Charlotte Schulz, Berlin-Friedrichsfelde*

zum 92. Geburtstag:

*Hans Klabunde, Berlin-Pankow
Elsa Mende, Dresden*

zum 91. Geburtstag:

*Willy Berge, Coswig
Reinhard Flosky, Treuenbrietzen
Rudolf Heimbecher, Gera
Johanna Nötzold, Chemnitz*

zum 90. Geburtstag:

*Irma Baude, Berlin-Friedrichsfelde
Elsa Quaas, Altenburg*

zum 89. Geburtstag:

*Hildegard Donner, Berlin-Treptow
Käthe Tempel, Suhl*

zum 88. Geburtstag:

Margarete Frohberger, Leipzig

zum 87. Geburtstag:

*Frieda Jahn, Magdeburg
Walter Stehr, Schwanebeck*

zum 86. Geburtstag:

Irmgard Weichan, Berlin-Lichtenberg

zum 85. Geburtstag:

*Margarete Beyermann, Berlin-Köpenick
Friedrich Pahn, Cottbus
Richard Weißkopf, Berlin-Marzahn*

zum 80. Geburtstag:

*Hildegard Günther, Härtensdorf
Marianne Günther, Potsdam-Zentrum
Kurt Kaps, Halle*

Walter Maul, Jena

*Günter Simon, Dresden
Elli Wolter, Berlin-Weißensee*

zum 75. Geburtstag:

*Dr. Günter Beier, Gera
Ingrid Bergmann, Schwerin
Hans Bernhardt, Berlin-Treptow
Henry Beyer, Schwerin
Erich Brandt, Berlin-Prenzlauer Berg
Herbert Brüggemann, Berlin-Treptow
Siegfried Buchali, Erfurt
Heinz Budach, Guben
Else Degel, Potsdam-Zentrum
Günter Düring, Cottbus
Wolfgang Eberhardt, Granssee
Engelbert Eberling, Gera
Anneliese Ehnert, Berlin-Hohenschönhausen
Heinz Frank, Erfurt
Ferdinand Goretzki, Potsdam-Babelsberg
Karl-Heinz Grutzka, Berlin-Treptow
Ingelore Gurr, Aschersleben
Helga Hädecke, Berlin-Friedrichsfelde
Reinhold Hahn, Potsdam West
Fritz Heilmann, Ottendorf-Okrilla
Walter Heinze, Weißenfels
Alfred Henning, Stendal
Adolf Herkt, Berlin-Mitte
Heinz Herm, Aschersleben
Otti Höhdorf, Löbau
Klaus Hoferich, Borkwalde
Günter Käfermann, Schwarzenberg
Frieda Knop, Berlin-Treptow
Otto Köppe, Magdeburg
Waltraud Kumutat, Berlin-Mitte*

Horst Leonhardt, Potsdam-Zentrum

*Erich Liebaug, Suhl
Erwin Ludwig, Suhl
Reginald Mehner, Aschersleben
Annemarie Meier, Magdeburg
Dorothea Mellenthin, Potsdam-Waldstadt
Johann Mihok, Berlin-Treptow
Günter Möller, Greifswald
Heinz Neumann, Sellin
Harry Otto, Zühlsdorf
Reinhold Paasch, Eilenburg
Manfred Pörschmann, Leipzig
Herbert Porstmann, Gera
Manfred Purschke, Berlin-Marzahn
Hertha Schäfer, Potsdam-Babelsberg
Manfred Schaffernicht, Weißenfels
Reinhold Schiedel, Berlin-Marzahn
Günther Schlimpert, Berlin-Köpenick
Hans Schubert, Berlin-Friedrichshain
Walter Schulze, Elsterberg
Edith Silensky, Magdeburg
Siegfried Sohr, Dresden
Magdalena Stefan, Wandlitz
Georg Steffek, Leipzig
Irene Strutz, Berlin-Treptow
Dr. Bruno Szameitat, Berlin-Hellersdorf
Wilhelm Thämlitz, Rostock
Willibald Thieme, Leipzig
Liselotte Ulbrich, Berlin-Friedrichsfelde
Charlotte Vier, Halle
Adenried Weichert, Berlin-Köpenick
Käte Weiß, Halle
Günter Wolter, Berlin-Lichtenberg
Günter Ziesch, Berlin-Marzahn
Hans Zschiesche, Hoyerswerda*

► Fortsetzung von Seite 5

mann mitgeteilt, dass er sich mit mir nach Gesprächen mit Herrn Ströbele und den daraus zu erwartenden Ergebnissen ins Benehmen setzen wolle.

Durch die Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz Frau Dr. Heidi Knake-Werner wird nach dem Abstimmungsergebnis im Bundesrat momentan kein zusätzlicher mündlicher Erörterungsbedarf gesehen.

In den persönlichen Gesprächen wurde bei allen Gesprächspartnern großes Interesse an der Problematik der E-3 und Straffrenten gezeigt und in einer sehr sachlichen und offenen Diskussion fand ein Meinungs austausch statt, zu dem mit allen Gesprächspartnern vereinbart wurde, diesen fortzusetzen. Übereinstimmend wurde in allen Gesprächen die unbedingte Notwendigkeit der strikten Einhaltung der Wertneutralität des Rentenrechts betont.

Herr Klaus Lederer verwies auf die Übereinstimmung der Auffassung der PDS mit der von ISOR. Herr Gregor Hoffmann zeigte Interesse daran, diese Fragen in einem größeren Kreis zu diskutieren und Herr Rainer-Michael Lehmann will seine Fraktionskollegen

über das Gespräch informieren, um Interesse und Verständnis für unsere Probleme zu wecken.

Siegfried Jesse

★ ★ ★

Das „Berliner Alternative Geschichtsforum“ veröffentlicht im Februar 2003 eine

**Erklärung zum 50. Jahrestag des
17. Juni 1953.**

Darin wollen die Unterzeichner einen Beitrag zur objektiven Betrachtung der 50 Jahre zurückliegenden Ereignisse leisten.

Der volle Wortlaut der Erklärung ist im Internet unter <http://www.mfs-insider.de> unter „Erklärungen/Stellungnahmen“ veröffentlicht.

Von Mitglied zu Mitglied

Komfort-FEWO/-Zimmer **Schleusingen/Thür.**
Prosp. anf. – Tel.: 036841 47598 oder
www.schleusingen.de/ratschererhoehe

★

7 Tage **Lausitz** m. Halbpension für 170 € bei Niesky, wald- und wasserreiche Gegend
Tel.: 035894 30470

★

Komfort-FEWO in **Berlin** (Citynähe und doch im Grünen) – ganzjährig nutzbar
Tel.: 030 54379082 (ab 18.00 Uhr)

**Reiseangebot der AG Freizeit
und Reisen der GBM**

TENERIFFA – PUERTO DE LA CRUZ

Wir möchten Sie einladen, mit uns in die Sonne nach Teneriffa zu reisen.

Sie werden im **** LTI-Chiripa Garden Hotel wohnen. Das Hotel verfügt über beheizbare Swimmingpools, Liegewiesen, Terrassen, alle Zimmer sind mit SAT-TV, Telefon, Balkon oder Terrasse ausgestattet.

Termin: voraussichtlich 12. 11. - 27. 11. 2003

Preis: ca. 1000,- € i. DZ –
EZ-Zuschlag: 200,- €

Leistungen: GBM-Reiseleitung; Charterflug ab/an Berlin-Schönefeld; Transfers Flughafen; Unterbringung im Hotel im Doppelzimmer evtl. auch Einzelzimmer; Halbpension; Reisepreissicherungsschein.

Information und Buchung:

TUK-INTERNATIONAL, 030/42 333 33 bzw. beim Leiter des AK Freizeit-Reisen der GBM Gisbert Graff 030/5658 7715 oder bei der Geschäftsstelle der GBM, Weitlingstr. 89, 10319 Berlin, Tel.: 030 5578397 - Fax: 030 5556355



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder



BERT AHRENS, Berlin-Hellersdorf
RUDI ARCHUT, Berlin-Lichtenberg
MANFRED BÖHNERT, Gera
EGON BRETSCHNEIDER, Potsdam-Stern
WERNER BRÜCKNER, Berlin-Friedrichsfelde
IRENE DÖTERLING, Berlin-Mitte
DR. RAINER DRENKWITZ, Potsdam-Waldstadt
HORST EGGERS, Burgstädt
WALTER EISMANN, Gera
MANFRED FELSCH, Dresden
WALTRAUD FINK, Berlin-Lichtenberg
HARRY GEHRKE, Berlin-Hellersdorf
WALTER GOLDBECK, Potsdam-Waldstadt
BERNHARD GERTIG, Berlin-Köpenick
GERHARD GRIMM, Leipzig
GÜNTER GRONAU, Greifswald
HEINZ HÄRTTRICH, Gera
KÄTE HAUGK, Berlin-Hohenschönhausen

ARND HENNIG, Berlin-Mitte
WERNER HEYNA, Leipzig
HERBERT JAKUBITZ, Rostock
BRINKFRIED JUNGE, Cottbus
HANS JURISCH, Berlin-Lichtenberg
SIEGFRIED KOHN, Forst
RENATE KÜCHLER, Chemnitz
SIEGFRIED LEHNERT, Gera
DIETER LIEBERT, Frankfurt/Oder
EDGAR LINDNER, Chemnitz
MANFRED LÖFFLER, Chemnitz
GERHARD MATERN, Potsdam Zentrum Ost
FRANZ MEDER, Chemnitz
HORST MICHEL, Gera
EDITH MILOWSKI, Sangerhausen
DR. GERHARD NIEBLING, Groß-Dölln
PETER PIEPER, Kühlungsborn
WALTER PRILL, Stralsund

GERHARD REIßNER, Berlin-Hohenschönhausen
HORST RISTAU, Quedlinburg
HEINZ-DIETER RÖDICKER, Berlin-Friedrichsfelde
WERNER ROBST, Erfurt
HUBERT ROSZINSKI, Wismar
JULIUS SACHER, Neubrandenburg
LOTHAR SCHEIBEL, Berlin-Köpenick
WERNER SCHÖDEL, Forst
WOLFGANG SCHULENBURG, Strausberg
ALFONS SCHWEMBER, Cottbus
WALTER SLAPKE, Berlin-Prenzlauer Berg
WOLFGANG ULBRICHT, Berlin-Treptow
GERDI VOLKSDORF, Waren
JÜRGEN WENDLAND, Stralsund
WERNER WÜRZBERGER, Berlin-Hellersdorf
OTTO ZERBE, Zeitz

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o ISOR-Geschäftsstelle

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 6. Mai 2003

Einstellung in das Internet: 3 Tage nach Redaktionsschluss.

Satz: SATZ-Studio Kehrer, 12355 Berlin

Druck: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Dienstag 9 bis 12 Uhr

Jeden 1. und 3. Donnerstag 15 bis 18 Uhr

Weitergeben! ★ ★ ★ Mitglieder gewinnen! ★ ★ ★ Weitergeben!